

Asch...

**Anträge
zum Parteitag
am 16./17. Oktober 1971
in München**

(Nachtrag)

CSU

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Die nachfolgenden Anträge sind als Nachtrag der Broschüre „Anträge zum Parteitag am 16./17. Oktober 1971“ beizulegen.

Es wird um folgende Berichtigungen in der Broschüre gebeten:

Seite 12:

Der Satz in der Begründung des Antrags „Fachausschuß Bodenmarkt und Bodenrecht“: „Der Ruf nach Sozialisierung oder Kommunalisierung ist angesichts der vielschichtigen Zusammenhänge zu einfach.“ ist zu streichen.

Seite 50:

Beim Antrag „Sanierung von Ortskernen“ ist Antragsteller Georg Ehnes, MdB.

Seite 58:

In der Begründung des Antrags „Lärmbekämpfung“ fehlt in der ersten Zeile nach dem Gedankenstrich das Wort „neben“.

Darlehensprogramm gewerblicher Mittelstand

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Mittelstand

Der Parteitag möge beschließen:

„Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Leistungskraft des gewerblichen Mittelstandes führt die Bayerische Staatsregierung seit dem Jahre 1961 ein Darlehensprogramm durch, in dessen Rahmen mittelständischen Betrieben der Industrie, des Handwerks, des Handels und des Fremdenverkehrsgewerbes zinsgünstige Darlehen zur Durchführung notwendiger Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen gewährt werden. Die Mittel dieses Programms dienen ferner dazu, Nachwuchskräften des gewerblichen Mittelstandes Existenzgründungen zu erleichtern.

Obwohl die Mittel dieses Programms in den letzten Jahren ständig erhöht wurden und im Jahre 1971 ein Darlehensvolumen von 100 Mio. DM bereitgestellt werden konnte, mußte das Programm jeweils schon wenige Monate nach dem Anlaufen wieder geschlossen werden.

Die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion werden aufgefordert, im Interesse einer gezielten und kontinuierlichen Mittelstandspolitik die Haushaltsansätze so anzuheben, daß das Mittelstandsförderungsprogramm der Bayer. Staatsregierung das ganze Jahr über offengehalten werden kann.“

Hergestellt im Archiv für Christlich-Sozialen Politik (www.kristlich-sozial.de) | Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Vermögensbildung

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Mittelstand

Der Parteitag möge beschließen:

„Dank einer von CDU/CSU-Regierungen frühzeitig initiierten und ständig weiterentwickelten Vermögenspolitik haben immer mehr Schichten an der Vermögensbildung Anteil genommen. Die Fortführung einer solchen Vermögenspolitik stellt eine der wichtigsten Aufgaben dar, um die soziale Marktwirtschaft weiterzuentwickeln und die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Einzelnen zu erweitern. Die Vermögensbildung darf kein kaltes Instrument einer Sozialisierung der Wirtschaft und einer dirigistischen Investitionssteuerung werden.

Die Mittelstandsvereinigung fordert, daß bei einer Vermögensbildung künftig auch die Selbständigen angemessen berücksichtigt werden. Der Gleichheitsgrundsatz gebietet, daß den Selbständigen die gleiche Förderung zuteil wird, wie Arbeitnehmern mit vergleichbarem Einkommen.

Die Mittelstandsvereinigung fordert weiter, daß die Bildung von Eigenkapital für Investitionen kleinerer und mittlerer Unternehmen erleichtert wird. Die Stärkung des Eigenkapitals in mittleren und kleineren Unternehmen kann durch eine zeitlich begrenzte steuerfreie Investitionsrücklage erreicht werden und fördert somit den Wettbewerb zum Vorteil der Verbraucher. Dadurch ist auch ein wesentlicher Beitrag für die Sicherung der Arbeitsplätze tausender Arbeitnehmer gewährleistet.“

II. Wirtschafts- und Finanzpolitik

16

Handwerksförderung

Antragsteller: Erwin Stein, MdL, München

Der Parteitag wolle beschließen:

„Die Bayerische Staatsregierung wird gebeten, auch in den kommenden Jahren in der Erhaltung und Stärkung des bayerischen Handwerks ein vorrangiges wirtschaftspolitisches Leitziel zu sehen. Insbesondere soll das Handwerk durch verstärkte allgemeine Gewerbeförderung und durch finanzielle Hilfen auf dem Gebiet der handwerklichen Berufsbildung in die Lage versetzt werden, seine im Dienste der Volkswirtschaft unentbehrlichen Aufgaben als einem wesentlichen Teil der bayerischen Wirtschaft fortführen zu können.“

Begründung:

Das bayerische Handwerk als eine der Säulen des gewerblichen Mittelstandes ist seit jeher ein bestimmender Faktor in Bayerns Wirtschaft. Jeweils rund 50 v. H. der von der bayer. Industrie pro Jahr insgesamt erzielten Umsätze wurden vom bayerischen Handwerk in den letzten Jahren als Umsätze erzielt. Rund $\frac{2}{3}$ der in Bayern derzeit in Berufsausbildung stehenden ca. 166 000 gewerblichen/kaufmännischen Auszubildenden werden vom Handwerk herangebildet. Trotz im allgemeinen befriedigender Umsatzentwicklung nimmt jedoch die Zahl der Handwerksbetriebe seit Jahren kontinuierlich ab, was z. B. gerade in neu errichteten Trabantsiedlungen, in neu geordneten Stadtkernen sowie auch in den Problemgebieten gelegentlich zu einem fühlbaren Mangel an insbesondere handwerklichen Dienstleistungsbetrieben geführt hat. Wirtschaftspolitische Aufgabe der Staatsregierung muß daher für die Zukunft in noch stärkerem Maß als bisher die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Handwerks, insbesondere durch verstärkte Hilfen im Rahmen der Gewerbeförderung sein. Damit soll auch in steigendem Maß dem Verfassungsauftrag in Art. 153 Bayer. Verf. Rechnung getragen werden, der die Erhaltung, Sicherung und Förderung der selbständigen Kleinbetriebe und des Handwerks postuliert.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Sozialen Wahlkampf in Bayern
Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Kleinrenten

Antragsteller: Erwin Stein, MdL, München

Der Parteitag möge beschließen:

„Die Weigerung der Bundesregierung die Kleinrentner am allgemeinen Wohlstandswachstum zu beteiligen, zeigt den wirklichen Stellenwert ‚Innerer Reformen‘ bei der ‚sozial liberalen‘ Koalition. Offensichtlich sind SPD und FDP nicht bereit, den Rentnern in ihrer harten Situation (die durch die von der Bundesregierung mitverschuldete Teuerungswelle noch zusätzlich erschwert wurde) mit wirksamen Maßnahmen beizustehen. Alle entsprechenden Anträge der Opposition wurden im Bundestag von der Regierungskoalition niedergestimmt.

Der Parteitag fordert die Landesgruppe auf, sich dennoch für eine wirksame Anhebung der Renten einzusetzen.“

Hergestellt im Archiv für Christian-Socialistisches Politikwissenschaftliches Zentrum - Weiergasse 11 - 50823 Köln - Telefon 0229 345-1111 - Telefax 0229 345-1112 - E-Mail: cswz@uni-koeln.de

Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP